

## **Verschwendung von Steuermitteln und Abzocke – Anwesenheitspflicht im Bundestag tut Not!**

Wäre das Ergebnis nicht überaus erfreulich, so hätte man als Bürger wahrscheinlich nichts davon mitbekommen, dass der Deutsche Bundestag am Freitag, den 15.06.12 „beschlussunfähig“ war, weil viel zu wenig der insgesamt 620 Bundestagsabgeordneten anwesend waren. Sowohl das umstrittene Betreuungsgeld als auch der nicht weniger unsoziale Fünf-Euro-Obolus für eine private Zusatzversicherung wurden von der Opposition dadurch verhindert, dass sie beim sog. Hammelsprung nicht mehr in den Bundestagssaal zurückkehrten. Somit nahmen nur 204 Abgeordnete der Koalition von CSU/CDU und FDP an der Abstimmung teil, obwohl die Koalition alleine über eine Stimmenmehrheit von über 50% verfügt. Äußerst peinlich dies! Insgesamt hätten 311 Abgeordnete den Saal wieder betreten müssen, damit die Abstimmung gültig gewesen wäre. Doch wird der Streit nun von beiden Seiten ins Kleinliche gezogen, wenn die Opposition nur „selber Schuld“ sagt und die Koalition das Abstimmungsverhalten der Opposition als „ein kleines, dreckiges Foulspiel“ beschimpft. Richtig dagegen ist: Dass das Parlament freitags des Öfteren nahe an der Beschlussunfähigkeit ist, hat ein Kommentar des Tageschausprechers am Freitag verraten, als er meinte, dies „komme durchaus häufiger vor“. Wer hätte das gedacht? – Aber hierin liegt die „Ungeheuerlichkeit“ dieses ungewöhnlichen Schachzuges der Opposition. Denn er offenbart, dass fast die Hälfte der Bundestagsabgeordneten ihr demokratisches Mandat nicht ernsthaft wahrnimmt! Hierin liegt der „miese Trick“: Fast die Hälfte der Bundestagsabgeordneten machen sich einen schönen Lenz auf Kosten des Steuerzahlers in Berlin. Der Gipfel der moralischen Verwerflichkeit besteht dann darin, dass man Doppelmandate gegenseitig ausspielt. Zum Beispiel, wenn in Trier eine Stadtratssitzung ist, lässt „man“ sich in Berlin entschuldigen und umgekehrt, so dass „man“ schließlich überall mal fehlt. Denn: Wer prüft das nach und wer empört sich über das Fehl-Ergebnis? (In einem konkreten Fall aus dem Jahre 2010 hat das nicht einmal den Landesverband einer linken Partei interessiert, obwohl definitive Zahlen vorlagen!)

Es ließen sich sicherlich viele Millionen Euro Steuergelder einsparen, würde man das Bundesdeutsche Parlament verkleinern und den Abgeordneten die allgemeine Aufwandspauschale von 25.000 Euro (inkl. ca. 14.000 € Diät) auf ein ordentliches Maß zurückrechnen sowie nicht zuletzt endlich auch eine „Anwesenheitspflicht“ bei den Entscheidungen vor Ort einfordern. Kleinliches „Fingerhakeln“ zwischen den Parteien, wie jetzt ersichtlich, ist absolut fehl am Platze. Aber ein generell anderes Mandatsverständnis, das Verantwortung und Rechenschaftspflicht gegenüber dem Volk zum Ausdruck brächte, täte allen Parteien mehr als gut. Ganz offensichtlich wird vielfach ein Sitz im Bundestag nur als „Selbstbedienungsladen“ angesehen, in dem „man“ sich willkürlich bedienen kann bis zur Festlegung der Diäten durch die Abgeordneten selbst. - Pfui Teufel! Hier schwanken die Säulen unserer Demokratie! Hier finden sich die wahren Schein-Extremisten! (16.06.12)